

Hochschulfreiheitsgesetz schränkt die Freiheit ein

Senat der Uni Siegen kritisiert Gesetzentwurf der Landesregierung

SIEGEN. (wp) Einstimmig hat der Senat der Universität Siegen auf seiner Sitzung am Montag eine Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein neues Hochschulgesetz, das Hochschulfreiheitsgesetz, für NRW verabschiedet. In der Stellungnahme wird die Absicht der Landesregierung, den Hochschulen mehr Autonomie einzuräumen, begrüßt, der vorliegende Gesetzentwurf aber abgelehnt.

Kritisiert werden die vorgesehene Stellung des Hochschulrates und die Auswahl seiner Mitglieder, die Einschränkung der Mitbestimmungsrechte der universitären Gremien sowie die Risiken für die an der Universität Beschäftigten durch die Übertragung der Dienstherreneigenschaft auf die Hochschule. Das Hochschulfreiheitsgesetz

schränke in der jetzt vorliegenden Fassung die Freiheit der Hochschulen ein.

Die wichtigsten Entscheidungsbefugnisse lägen beim Hochschulrat, einer Instanz, deren Mitglieder nicht durch die Hochschule legitimiert seien, deren Sachkompetenz nicht gewährleistet sei und die von den Folgen ihrer Entscheidungen nicht betroffen seien. Es entspreche nicht dem Verständnis einer demokratischen Hochschule, dass Externe über Struktur und Finanzen der Hochschule entscheiden könnten.

Die im Entwurf betonte wirtschaftliche Autonomie der Hochschulen sei nur eine scheinbare; dagegen sei die wissenschaftliche Autonomie gefährdet. „Forschung und Lehre sind universitäre Aufgaben, die nur einem begrenzten

Grad dem freien Markt anheim gegeben werden können, ohne Schaden an ihrer Freiheit zu nehmen“, heißt es. Auch die Freiheit der Hochschulmitglieder werde stark beschnitten, da ihnen Möglichkeiten genommen wür-

den, auf Entscheidungen ihrer Hochschule über von ihnen selbst gewählte Gremien Einfluss zu nehmen.

Die Insolvenzfähigkeit von Hochschulen bezeichnet der Senat als „bildungspolitischen Nonsens und perspektivisch verantwortungslosen Umgang mit Steuermitteln“.

Veränderungen der Struktur des Hochschulbereichs müssten nach hochschulinterner und gesamtgesellschaftlicher Diskussion verabschiedet werden. Die zur Verfügung gestellte Zeit sei nicht ausreichend.

Siegener Zeitung 25. April 2006

Aktion gegen Engpässe

sz Siegen. Bis 2009 sollen 64 Engpässe und Störungen im NRW-Fernstraßennetz beseitigt werden. Das kündigte Ministerpräsident Jürgen Rüttgers gestern nach der gemeinsamen Sitzung mit dem hessischen Kabinett in Siegen an (siehe den gesonderten Bericht auf dieser Seite). Vor allem durch „Baustellen-Management“ sollen die Bauzeiten im Rahmen einer Offensive gegen den Verkehrsstau verkürzt werden. Das erste Ziel ist, die Situation bis zur Fußball-Weltmeisterschaft so zu entspannen, dass die meisten Baustellen auf überregionalen Straßen abgearbeitet sind, so Rüttgers.

Ruhr Nachrichten

„Kein Krieg und doch auf der Flucht“

Gedenkstunde und Ausstellung im Landtag

Düsseldorf. „Die Sonne schien, kein Rauch, kein Schuss, kein Krieg. Und trotzdem sind wir auf der Flucht – und niemanden konnten wir fragen.“

Dieses Zitat einer Zeitzeugin aus der Region Tschernobyl macht auch 20 Jahre danach noch auf beklemmende Weise deutlich, wie insbesondere die älteren Menschen in der Ukraine und Weißrussland die dritte große Katastrophe des 20. Jahrhunderts nach den stalinistischen Säuberungen und dem Überfall der deutschen Truppen empfunden haben. Edgar Moron, Vizepräsident des Landtages,

erinnerte gestern mit diesen Sätzen in Düsseldorf in Anwesenheit zahlreicher Tschernobyl-Initiativen aus NRW an den Tag, an dem der GAU bittere Realität wurde.

Eine Bilddokumentation mit gespenstischen Motiven aus der verstrahlten Zone lässt auch Außenstehende das Ausmaß dieser Katastrophe nachempfinden: Abschied, Leiden, Tod, verlassene Häuser. In einer geräumten Schulklasse leere, schief hängende Bilderrahmen, auf einem Pult eine zerbrochene Weltkugel: Symbolträchtige Zeugnisse einer neuen Dimension menschlichen Leids. • mf

Generalanzeiger Bonn

Umweltminister sieht sich ausgebremst

DÜSSELDORF. NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg fühlt sich bei der Verkehrsplanung von Verkehrsminister Oliver Wittke (beide CDU) ausgebremst. Wittkes Ministerium habe dem Umweltressort für

die Bewertung von 421 Straßen- und mehr als 200 Schienenprojekten nur 48 Stunden Zeit gelassen, heißt es in einem Brief Uhlenbergs an seinen Parteifreund. „Dies ist nicht hinnehmbar, kontraproduktiv, ja sogar rechtlich bedenklich“, schreibt er. Die Grünen werteten den Brief als Eingeständnis Uhlenbergs, sich nicht gegen Wittke durchsetzen zu können. dpa

Neue Westfälische

Oddset darf nicht mehr werben

Innenminister setzt Verfassungsgerichtsurteil um

■ Düsseldorf (spar). Das Schreiben vom Innenminister Ingo Wolf an Westlotto trägt das Datum vom 19. April. Darin wird dem Unternehmen klar gemacht, dass die Werbung für die Sportwette Oddset „keinen Aufforderungscharakter“ mehr haben soll. Oddset dürfe lediglich über die Art und Weise der Wettmöglichkeit informieren.

Mit diesem Schreiben zieht der NRW-Innenminister Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Sportwetten. Das Gericht hat das staatliche Wettmonopol für grundsätzlich zulässig, aber in seiner „derzeitigen Ausgestaltung“ für verfassungswidrig erklärt. Bis Ende 2007 müssen Bund oder die Länder das Wettrecht neu regeln und dabei dem Spielsuchtrisiko besonders Rechnung tragen.

Die „Infos zur Spielsucht“,

die Westlotto auf seiner Homepage unter der Rubrik Oddset anbietet, reichen dem Innenminister offenbar nicht aus. „Wir werden die Maßnahmen zur Begrenzung der Wettleidenschaft und Wetsucht auch gegenüber dem Unternehmen Westlotto zeitnah umsetzen“, kündigte Ingo Wolf bereits am 7. April mit Blick auf das Urteil an. Knapp zwei Wochen später nun das Werbeverbot für Oddset. Es beinhaltet das grundsätzliche Verbot von TV- und Radiowerbung, Bandenwerbung, Trikotwerbung, Großplakate und Messtische sind ebenfalls nicht erlaubt. Auch Oddset-Gewinnspiele in den Medien sind gestrichen. „Die Werbung ist nun anders zu gestalten. Das Schreiben konkretisiert nur, was das Bundesverfassungsgericht bereits formuliert hat“, so eine Sprecherin des Innenministeriums.